info Konflikte und Friedensarbeit

EED Arbeitsstelle Frieden und Konfliktbearbeitung • email: arbeitsstelle.frieden@eed.de

Nr. 35, Februar 2008

Inhalt

Horn von Afrika – zunehmende Instabilität....1
Der Eritrea / Äthiopien Konflikt....2
Äthiopien....2
Die Offensive in Somalia....2
... und ihre innenpolitischen Folgen....3
Entwicklungsanstrengungen....3
Armut und Ernährungsunsicherheit....4
Demokratischer Anspruch....5
Herrschaft, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit....5

Editorial

Den meisten Beobachtern stellt sich Äthiopien heute als ein Land mit zwei Gesichtern dar. Das eine Gesicht ist für die diplomatische Welt und die internationale Öffentlichkeit bestimmt und zeigt ein Land, das sich auszeichnet durch demokratische Ordnung, eine Verfassung, die alle wesentlichen Menschenrechte garantiert, einem funktionierenden Rechtsstaat, einer effektiven und effizienten Verwaltung und – folgt man den Makrodaten von IWF und Weltbank – einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung.

Viele Menschen in Äthiopien – und insbesondere die auf dem Land – erfahren jedoch eine andere Wirklichkeit. Diese schlägt sich in den Berichten nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen nieder. Amnesty International, Human Rights Watch, der Ethiopian Human Rights Council (EHRCO) und andere Menschenrechtsorganisationen berichten mit steigender Frequenz von Übergriffen der Polizei und Sicherheitsorganen, von schweren, systematisch begangenen Menschenrechtsverletzungen, von Folterung in Gefängnissen, willkürlichen Verhaftungen, sogar Hinrichtungen ohne Strafverfahren. Demokratische Programme und Verfassungsgarantien werden durch eine repressive Praxis einer von der politischen Elite abhängigen Administration widerlegt.

Die Lage Äthiopiens wird heute durch vier Problemkreise bestimmt: innenpolitisch stellen das demokratische Legitimationsdefizit der Herrschenden und ihr Verlust an innenpolitischem Vertrauen und die zunehmend deutlicher hervorstechenden Entwicklungsdisparitäten im Lande zentrale Herausforderungen dar. Außenpolitisch bereiten der eingefrorene Konflikt mit Eritrea und die mit der Krise in Kenia sich beschleunigende politische Instabilität der Region am Horn von Afrika der äthiopischen Regierung Sorgen. Die Frage ist zu stellen, ob die von ihr verfolgten Strategien und angewandten Methoden geeignet sind, diesen Herausforderungen so zu begegnen, dass die Region insgesamt stabilisiert wird und eine auf Dauer tragfähige Entwicklung in Äthiopien in Gang kommt. Zweifel scheinen angebracht.

Ihr

Wolfgang Heinrich

Horn von Afrika – zunehmende Instabilität

Die Eskalation der Gewalt in Kenia nach den Wahlen 2007 hat der internationalen Gemeinschaft schlagartig wieder bewusst gemacht, dass wir es in der Region am Horn von Afrika mit ausgesprochen instabilen Staaten zu tun haben. Dass hier seit 1991 ein de facto staatsfreier Raum existiert (Somalia), wird in Europa inzwischen schon fast vollständig verdrängt. Im Sudan tobt ein mit äußerster Brutalität geführter Krieg in Darfur, zugleich deutet alles darauf hin, dass das nach über 40 Jahren Krieg am 9. Januar 2005 unterzeichnete Friedensabkommen im Süden (CPA) am mangelnden Willen zur Umsetzung zu scheitern droht. Eritrea hat sich zu einem „Kasernenhofstaat“ entwickelt, in dem sich eine kleine Militärclique um Isaias Afeworki mit höchster Repression an die Macht klammert. Und in Äthiopien ist seit den Wahlen 2005 die demokratische Reputation der Regierung angeschlagen. Nur durch Manipulation der Auszählung und Repression der Oppositionskandidaten und -parteien konnte sich die Partei Meles Zenawis, die Ethiopan People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) an der Macht halten. Dennoch war die Kritik am Vorgehen der äthiopischen Regierung nach den Wahlen sehr verhalten. Meles

Zenawi wird insbesondere von den USA und etlichen Staaten der EU politisch und wirtschaftlich kräftig unterstützt. Den USA gilt Äthiopien als wichtiges geostrategisches Sprungbrett und als Bündnispartner im „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“. Die Regierung Meles Zenawis vermochte es außerdem, sich gegenüber der internationalen Gemeinschaft als letztes Bollwerk gegen die Ausbreitung des politischen Islam im östlichen Afrika darzustellen.

Der Eritrea / Äthiopien Konflikt

Der mit dem Friedensabkommen von Algier 2000 beendete Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea, in dessen Verlauf in weniger als 18 Monaten 120.000 Menschen getötet, etliche hunderttausend vertrieben und mehrere zehntausend Menschen zwangsweise deportiert wurden, ist eingefroren. Das Friedensabkommen wurde von keiner Seite ernsthaft umgesetzt. Im Gegenteil: die Überwachung der demilitarisierten Zone wurde den UN von beiden Seiten durch administrative Auflagen und Einschränkungen fast unmöglich gemacht. Beide Seiten taten ihr Möglichstes, die Vereinten Nationen daran zu hindern, die im Friedensvertrag vereinbarte Festlegung und Demarkation des Grenzverlaufs durchzuführen. Formal beendeten die UN Ende 2007 den Demarkationsprozess, indem sie den Grenzverlauf auf hochauflösenden Satellitenaufnahmen markierten. Damit ist aber noch keine abschließende Klärung erfolgt. Beide Seiten halten entlang der Grenze hohe Truppenkontingente in Einsatzbereitschaft. Ein erneuter Krieg kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden.

Äthiopien

Die Offensive in Somalia...

Alle Versuche der internationalen Gemeinschaft, in Somalia eine zentralstaatliche Regierung zu etablieren, sind seit dem Sturz Siad Barrés im Januar 1991 gescheitert. Im Verlauf des Jahres 2006 schaffte es ein – ursprünglich lockeres – Bündnis islamischer Gerichte, ihren Einflussbereich in Somalia auszuweiten und beinahe die Rolle einer nationalen Regierung einzunehmen. Die Gerichte hatten sich zur Union of Islamic Courts (UIC) zusammengeschlossen und sich damit zu einer größeren politischen Kraft organisiert. Die internationale Gemeinschaft reagierte mit panikartiger Ablehnung. Pauschal wurde die UIC als „Islamisten“ diffamiert und die Gefahr eines neuen Afghanistan in drastisch leuchtenden Farben heraufbeschworen. [Siehe auch: eed *info* Nr. 33, Dezember 2006]

Die äthiopische Regierung – nicht völlig unschuldig an dieser Wahrnehmung der UIC – ließ sich von der US -Administration in deren Strategie zur „Bekämpfung des Terrorismus“ einbinden. Die US Regierung hatte mit dem Scheitern der UN- Friedensmission in Somalia 1995 das Interesse an Somalia verloren. Das änderte sich mit den Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar-Es-Salam 1998. Seitdem sind US-Sicherheitsorgane überzeugt, dass sich in Somalia die operative Führung einer ostafrikanischen al-Qaeda Zelle befinde.

Die Afrikanische Union (AU) bemühte sich im Auftrag des UN -Sicherheitsrates noch um eine politische Lösung für Somalia, als die äthiopische Regierung mit der Billigung der US- Administration am 24. Dezember 2006 in Somalia einmarschierte. Die USA lieferten der äthiopischen Armee auch die militärische Aufklärung und technische Unterstützung. Am 7. Januar 2007 führten US-Kampfhubschrauber von einer Basis in Südostäthiopien aus einen Angriff auf einen vermuteten Konvoi der UIC in Südsomalia an der kenianischen Grenze durch. Mit der – wie sich später herausstellte - falschen Behauptung, man habe damit drei hochrangige al-Qaeda Funktionäre getroffen, rechtfertigte die US- Regierung die erste öffentlich bekannt gewordene unmittelbare Militäroperation von US- Einheiten in Somalia seit dem Ende der UN -Mission 1995. „Offiziell sind die USA nicht in Somalia engagiert. Sie führen dort einen geheimen Krieg, eine dritte Front in Amerikas globalem Krieg gegen den Terror. Es ist ein Krieg, den die USA und ihre Alliierten verlieren“ resummiert Steve Bloomfield seine Recherchen in einem Bericht im Independent am 9.2.2008.

Die gemeinsame amerikanisch-äthiopische Planung für die Offensive in Somalia sah nach Bloomfield vor, dass

äthiopische Truppen sich maximal für 2 Monate dort aufhalten würden. Spätestens im März 2007 sollte eine 8.000 Mann starke AU- Mission die äthiopischen Interventionstruppen ablösen. Das erwies sich als Fehleinschätzung der Bereitschaft afrikanischer Regierungen, sich als Stellvertreter in einen Krieg der US -Administration in Somalia hineinziehen zu lassen. Bisher haben nur Uganda und Bu-

rundi zusammen 2.000 Soldaten für die AU- Mission gestellt, die mehr damit beschäftigt sind, sich selbst zu verteidigen, als dass sie für Sicherheit und Frieden sorgen können.

Bis heute sind darum nach Bloomfields Recherchen über 30.000 äthiopische Soldaten in Somalia gebunden, um die von der somalischen Bevölkerung nicht anerkannte Regierung Abdullahi Yussufs zu schützen. Nach übereinstimmenden Berichten zahlreicher internationaler und lokaler Menschenrechtsinitiativen gehen sie dabei im klaren Bruch der Genfer Konventionen mit äußerster Brutalität gegen die Zivilbevölkerung vor.

Ein Ergebnis der äthiopischen Offensive in Somalia ist eine humanitäre Katastrophe ersten Ranges. Über 600.000 Menschen sind aus Mogadishu geflohen, 200.000 Flüchtlinge leben unter unwürdigsten Bedingungen in einem provisorischen Lager außerhalb der Stadt. Ein weiteres Ergebnis ist, dass die moderaten islamischen Führungspersönlichkeiten marginalisiert wurden. Gemeinsam mit enttäuschten Abgeordneten des Parlaments und anderen Oppositionsführern gründeten sie in Eritrea die „Allianz für die Wiederbefreiung Somalias“, haben aber keinen Einfluss mehr auf das Geschehen in Somalia. Dafür hat sich mit finanzieller und technischer Unterstützung aus dem Iran und Saudi Arabien der radikale militärische Flügel „Shabaab“ der UIC um ihren Führer Adan Hashi Ayro neu formiert. Der US- General John Abizaid, damals Kommandeur des US Central Command, hatte noch im November 2007 die äthiopische Regierung gewarnt, Somalia könne „Äthiopiens Irak“ werden. „Amerikas Angst vor einer al-Qaeda Zelle in Somalia war unbegründet, aber sie ist zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung geworden“, so ein westlicher Diplomat in Kenia. „Der internationale Djihad-Flügel hat mit Hilfe der Äthiopier und Amerikaner nun die vollständige Kontrolle.“

... und ihre innenpolitischen Folgen

Im Jahre 2007 blätterte der demokratisch-rechtsstaatliche Anstrich Äthiopiens ab, als bekannt wurde, dass die äthiopische Armee im Zuge ihrer militärischen Offensive gegen die Ogaden National Liberation Front (ONLF) systematisch Krieg gegen die Zivilbevölkerung führte. „Wir haben schwerwiegende Verbrechen seitens der äthiopischen Armee dokumentiert. Zivilisten wurden bewusst zum Ziel militärischer Aktionen, Dörfer wurden als Teil einer Kampagne kollektiver Bestrafung niedergebrannt, es wurden öffentliche Hinrichtungen vollzogen, sexuelle Gewalt war an der Tagesordnung. Das Ergebnis ist eine humanitäre Tragödie“, so Sam Zarifi von Human Rights Watch am 2.10.2007 vor dem außenpolitischen Ausschuss des US- Kongresses [1]. Selbst die US-Administration, der stärkste Verbündete der Regierung Meles Zenawis, sah sich genötigt, öffentlich die Beachtung der Menschenrechte bei der Offensive einzufordern. Die äthiopische Regierung reagierte prompt auf die Kritik internationaler Hilfsorganisationen und verwies einige des Landes, andere – darunter das IKRK – wurden angewiesen, ihre Tätigkeit in der betroffenen Region einzustellen.

Im Windschatten der Somaliaintervention war im äthiopischen Bundesland Somali die Konfrontation mit der Ogaden National Liberation Front (ONLF), die seit vielen Jahren für die Selbstbestimmung der Region kämpft, eskaliert. Im Juni 2006 startete die äthiopische Regierung eine umfangreiche militärische Säuberungsaktion. Hintergrund dieses Konflikts ist, dass die von der EPRDF-Zentralregierung etablierte Regierung des Bundeslandes von der Bevölkerung nicht akzeptiert wird und dass die von knapp 4 Mio ethnischen Somali bewohnte Region von der Zentralregierung ökonomisch und politisch marginalisiert worden war. Die Säuberungsaktion war durch etliche schmerzliche militärische Schläge (u.a. gegen eine chinesische Ölfirma) der ONLF ausgelöst worden. Die in der Somaliregion stationierten US-Truppen hatten übrigens jahrelang mit der ONLF bei der Suche nach internationalen Terroristen zusammengearbeitet. Die äthiopischen Sicherheitsorgane gingen auch im Ogaden mit äußerster Brutalität vor allem gegen die Zivilbevölkerung vor. Damit erhält die Front in Somalia eine Verlängerung innerhalb Äthiopiens.

Je länger der Krieg in Somalia und in der Somaliregion Äthiopiens anhält, desto größer wird die Gefahr, dass die nach außen so erfolgreiche Selbstdarstellung der äthiopischen Regierung als Bollwerk gegen den politischen Islam zum innenpolitischen Bumerang wird. Mehr als die Hälfte der äthiopischen Bevölkerung sind Muslime. Im Unterschied zu dem Krieg gegen Eritrea 1998 bis 2000 ist das militärische Engagement in Somalia innenpolitisch in Äthiopien höchst unpopulär. Je mehr die Bevölkerung in Äthiopien die Folgen des Krieges in Somalia durch Rekrutierungskampagnen, Kriegsversehrte und Tote zu spüren bekommt, desto riskanter wird das Unternehmen. Dies ist auch der Regierung bewusst. Darauf deuten die Ausführungen Meles Zenawis in seiner Rede vor dem Parlament am 23. Oktober 2007 hin und seine recht deutlich artikulierte Beschwerde, dass die US-Administration ihn in Somalia im Stich gelassen habe.

Entwicklungsanstrengungen

Äthiopien ist eines der ärmsten Länder der Welt. Armut kennzeichnet vor allem das Leben auf dem Land. Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien der Regierung, wie sie inhaltlich im Programm der „Agriculture Development Led Industrialisation (ADLI) und dem nationalen Entwicklungsplan „Plan for Accelerated and Sustained Development to End Poverty“ (PASDEP) enthalten sind, machen vom Grundsatz her Sinn. Erfolge bleiben jedoch begrenzt, weil die Bauern zu verarmt sind und zu sehr durch Steuern und Abgaben belastet werden. Ihre Verschuldung verwehrt es der bäuerlichen Bevölkerung, die erweiterten Marktchancen zur Verbesserung

1 „Ethiopia and the State of Democracy. Effects on Human Rights and Humanitarian Conditions in the Ogaden and Somalia.“ Human Rights Watch Testimony at a Hearing of the House Committee on Foreign Affairs, Subcommittee on Africa and Global Health. October 2, 2007

ihrer Einkommen nutzen zu können.

Die von einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik flankierte Wirtschaftspolitik der Regierung Meles Zenawis mit dem Ziel, die ehedem zentral gelenkte Staatswirtschaft in eine „gelenkte Marktwirtschaft“ umzubauen, ist entwicklungsorientiert und auf Armutsbekämpfung ausgerichtet. Ihr Kernstück ist seit 1995 das Programm der ADLI. Auf ihm baut das PRSP auf, dessen 2. Phase (2005/06-2009/10) auf dem PASDEP beruht. PASDEP ergänzt die Schwerpunkte der 1. Phase (2002/03-2004/05) – Infrastruktur, ländliche Entwicklung, Förderung von Humanressourcen und Kapazitätsaufbau – durch Förderung der Kommerzialisierung der Landwirtschaft, des Privatsektors, der industriellen Produktion und der Stadtentwicklung. PASDEP soll wesentlich zur Erreichung der Millenium Development Goals (MDGs) bis 2015 beitragen. Laut Weltbank hat Äthiopien in Schlüsselbereichen wie Bildung, Management des öffentlichen Sektors, Dezentralisierung, Kapazitätsentwicklung und Reform des öffentlichen Dienstes erhebliche Fortschritte erzielt und gute Aussichten, einen Großteil der MDGs zu verwirklichen. Begünstigt durch gute klimatische Bedingungen in den letzten Jahren, erzielte das Land seit 2003 überdies ein jährliches Wirtschaftswachstum von mehr als 10%.

Äthiopien liegt im aktuellen Human Development Index 2007/08 (der auf Länderdaten von 2005 beruht) an 169. Stelle von 177 erfassten Ländern. Es gehört damit weiterhin zu den am geringsten entwickelten Ländern. Armut grassiert vor allem auf dem Land, wo 85% der Bevölkerung leben, und manifestiert sich als periodische oder permanente Hungersituation. 2006 lebten 44% der Äthiopier von weniger als 0,45 USD täglich, also unter der nationalen Armutsgrenze. Knapp die Hälfte der Bevölkerung gilt als unterernährt. Städtische Armut steht in krassem Kontrast zum wachsenden Reichtum der Oberschicht.

Die Regierung – unterstützt von staatlichen und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen – bemüht sich um eine flächendeckende Ausweitung des Schul- und Gesundheitswesens auch in den peripheren Landesteilen. Lokal fehlen jedoch oft die Mittel, die Einrichtungen optimal zu betreiben. Die Erweiterung der Gesundheitsdienste in abgelegenen Gebieten erfolgt immer noch zu langsam. Weniger als 50% der Äthiopier können die nächste Gesundheitsstation zu Fuß erreichen. Ein großer Erfolg der bisherigen Maßnahmen im Gesundheits- und Bildungswesen ist, dass das Bevölkerungswachstum von etwa 2,6% (2000) auf 2,0% in 2006 gesunken ist. 2005 praktizierten nur knapp über 10% der Frauen auf dem Land eine Form moderner Geburtenverhütung, in den Städten taten dies etwa 43%. Die Säuglingssterblichkeit und die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren sind von 110 auf 77 pro 1.000 Lebendgeburten (1997/98-2004/05) bzw. von 166 auf 123 (2000-2005) gefallen. Eine große Herausforderung ist die HIV/AIDS-Pandemie. Nach WHO-Angaben waren 2005 4,4%, nach anderen Quellen bis zu 6% der Bevölkerung HIV-positiv. Präventionsprogramme greifen vor allem in den Städten und entlang der Überlandstraßen.

Zur Verbesserung der Gesundheitsindikatoren trug die Ausweitung der Versorgung mit sicherem Trinkwasser bei. 2003 soll der Anteil der Haushalte mit Zugang zu einer verbesserten Trinkwasserversorgung in den Städten 88% und auf dem Lande 40% betragen haben. 2001 verabschiedete die Regierung eine Wasserversorgungs- und Sanitärstrategie, die jedoch bislang nur unzureichend umgesetzt wurde. PASDEP räumt dem Wasser- und Sanitärsektor aber eine hohe Priorität ein. Um die diesbezüglichen MDGs zu verwirklichen, ist in jedem Fall eine erhebliche Erhöhung der Ausgaben für Gesundheit, die heute auf 5% des BIP geschätzt werden, erforderlich.

Die Einschulungsraten für Schulanfänger liegen mit Ausnahme der Regionen Somali und Afar heute bei über 90%. Die Gesamteinschulungsquote der Kinder im schulpflichtigen Alter (7-14 J.) lag 2006 bei 68%. 2004/05 lag der Mädchenanteil im Primarschulbereich bei 45%, im Sekundarschulbereich bei 35% und im tertiären Bildungssektor bei etwa 25%. An den 23 Universitäten sind 2007/08 über 150.000 Studierende eingeschrieben. 2005 waren etwa 38% der Personen über zehn Jahre lesekundig (männlich: 50%, weiblich: 28%). Im Bereich der beruflichen Bildung stieg die Zahl der Auszubildenden auf 170.000 (2007/08). Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP stieg von 4,6% (2002) auf 6,1% (2006). Weitere Erhöhungen werden erforderlich sein, um die MDGs im Bildungssektor zu erreichen.

Armut und Ernährungsunsicherheit

Hauptfaktoren für Ernährungsunsicherheit und Armut auf dem Lande sind nach Ansicht vieler Experten vor allem unverhältnismäßig hohe Steuern und Abgaben, aber auch die wachsende Verschuldung der Bauern infolge aufgenötigter Kredite für Saatgut und Kunstdünger. Stabilisierungskäufe der Regierung und Genossenschaften nach der Ernte regulieren die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Genossenschaften spielen eine zunehmend wichtige Rolle im Handel mit Agrarprodukten, Saatgut und Dünger. Sie tragen zur spürbaren Verbesserung der Einkommenssituation ihrer Mitglieder bei. Gleichwohl fühlen sich viele Bauern politisch gegängelt und glauben, dass es sich nicht lohnt, effektiver zu wirtschaften, weil ihnen der Staat ihre Erlöse abschöpfe.

Die dringlichste Reform zur Bekämpfung der strukturellen Ernährungsunsicherheit müsste nach Ansicht von Experten darauf hinaus laufen, den Bauern Verlässlichkeit in Fragen des Grundbesitzes bzw. der Landnutzung, Sicherheit für ihre Vorräte und Einnahmen sowie tatsächliche Mitsprache zu geben. Die Umsetzung notwendiger Reformen leidet trotz hoher Mittelzuflüsse aus dem Ausland an finanziellen und personellen Engpässen, aber auch an der andauernden Schwerfälligkeit der Bürokratie.

Die strukturelle Unsicherheit der bäuerlichen Bevölkerung wird, so berichteten Wahlbeobachter, von der herrschenden Partei als Druckmittel zur Machterhaltung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene genutzt. Bei den herrschenden Eliten habe Machterhalt absoluten Vorrang. Die daraus folgende Repression sozialer Gegensätze und

abweichender Meinungen schlage schnell in Konflikte und politische Krisen um, die leicht „ethnisiert“ oder mit religiösen Obertönen aufgeheizt werden können.

Demokratischer Anspruch

Die in der regierenden Parteienkoalition Ethiopian People’s Revolutionary Democratic Front (EPRDF) tonangebende ehemalige sozialistische Befreiungsbewegung Tigray People’s Liberation Front (TPLF), der auch Premierminister Meles Zenawi angehört, ist überzeugt, die Interessen der Bauern zu vertreten, und fordert deren Loyalität ein. Sie tut dies im Selbstverständnis einer Kaderpartei, die auf Grund ihrer wissenschaftlichen Analyse weiß, was gut für die bäuerliche Bevölkerung ist. Tatsächlich jedoch haben die letzten Parlamentswahlen von 2005 gezeigt, dass die Regierung in großen Teilen der Bevölkerung in Stadt und Land keine Legitimität mehr besitzt.

Die Wahl von 2005 bedeutet für die äthiopische Politik eine gewisse Zäsur: Erstmals wurde im Ausland das demokratische Renommee von Meles Zenawi ernsthaft in Frage gestellt. Die Wahlbeobachtung der EU stellte starke Behinderungen der Opposition, Verzögerung und Beeinflussung der Stimmauszählung und massiven Druck auf die Wähler in den Nachwahlen – die ohne Ausnahme von den Kandidaten der EPRDF gewonnen wurden – seitens der EPRDF fest. Damit ist offensichtlich geworden, dass die EPRDF auf nationaler Ebene und ihre regionalen Mitgliedsparteien nicht daran interessiert sind, eine demokratische Entwicklung voranzutreiben.

Die Gewissheit, dass der TPLF die Unterstützung der Bauern sicher sei, hat sich spätestens mit der Wahl 2005 als Illusion erwiesen. Der Wahlausgang ist ein Hinweis, dass auf dem Land die Funktionäre der EPRDF und ihrer Satellitenparteien als Unterdrücker und als Vollstrecker der Befehle von oben wahrgenommen werden. Seit der Wahl stützt sich nach Einschätzung von Experten nun auch im ländlichen Raum die Macht der EPRDF in erster Linie auf die Sicherheitsorgane.

Auf lokaler Ebene ist die Kontroll- und Durchsetzungsfunktion den Gliederungen der Mitgliedsparteien bzw. deren lokalen Führern überlassen. Wie sich dies im schlimmsten Fall in ausgesprochen repressiver Politik niederschlagen kann, wird in dem Bericht von Human Rights Watch über das Vorgehen der Sicherheitsorgane in Wollega (Oromia Regionalstaat) in den Monaten vor der Wahl geschildert. Dort etablierte die Oromo Peoples Democratic Organization (OPDO) ein bis in die einzelnen Haushalte hinein reichendes Netz von Überwachung und Bespitzelung, um Sympathien für die Opposition aufzudecken. Trotzdem erhielt auch dort die Opposition einen wesentlichen Anteil an Stimmen. Viele Kandidaten der immerhin nach äthiopischer Rechtslage legalen Oromo-Parteien ONC und OFDM wurden gewählt, darunter der frühere Präsident Negaso Gidada, der in Dembi Dollo als Unabhängiger kandidierte.

Ein Schlaglicht auf die Erfahrungen der Bauern mit dem Herrschaftssystem und die Konsequenzen, die sie daraus ziehen, wirft ein Bericht eines französischen Forschers aus Nord Shoa. Die Bauern in den Dörfern, die er beobachtete, wollten wissen, wer die Wahl gewinnen wird. Sie fühlten sich verpflichtet für den Sieger zu stimmen, „sonst werden wir später für die falsche Wahl bestraft…“.

Herrschaft, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit

Der in der äthiopischen Verfassung von 1994 enthaltene Menschenrechtskatalog ist vorbildlich. Äthiopien ist offiziell ein demokratischer Bundesstaat, die Trennung von Legislative, Judikative und Exekutive sind formal gegeben. De jure bestehen die Voraussetzungen für Rechtsstaatlichkeit und Transparenz somit durchaus. In der Praxis wird die föderale Struktur und die Unabhängigkeit der Justiz wie auch der Verwaltung durch eine bis hinunter zu den Kommunen sich erstreckende faktische Dominanz der regierenden EPRDF und ihrer affiliierten Parteien unterlaufen. Durch in der Verfassung nicht vorgesehene zentralstaatliche Einmischung in regionale und sogar lokale Belange wird die föderale Struktur auch durch Behördenhandeln demontiert.

Trotz der Verfassungsgarantien berichten internationale Menschenrechtsorganisationen sowie der äthiopische Human Rights Council (EHRCO) immer wieder über grobe Menschenrechtsverletzungen und massive Repression auf lokaler Ebene, meist in abgelegenen Gebieten. Besonders im Zusammenhang mit Wahlen häufen sich solche Berichte. Die Dunkelziffer zu Übergriffen staatlicher Sicherheitskräfte auf die Zivilbevölkerung ist hoch.

Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit haben enge Grenzen. Richter sind de facto von der Exekutive abhängig und können keine Urteile gegen deren Willen fällen. Es ist belegt, dass lokale Richter für politisch unliebsame Urteile bestraft wurden. Dennoch gibt es vor allem in Addis Abeba einen durchaus selbstbewussten Richterstand, der gelegentlich Aufsehen erregende Urteile auch gegen die Regierung spricht. Solche Richter müssen indes mit baldiger Versetzung rechnen. Im Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren gegen politische Gefangene nach den Wahlen demissionierten zahlreiche prominente Anwälte und Richter und baten in Nordamerika und Europa um Asyl. Bei Urteilen zu Ungunsten von Verwaltungsorganen wird deren Umsetzung häufig verhindert. Die Oromo Relief Association (ORA) erhielt zwar letztinstanzlich Recht bei ihrer Klage gegen die Liquidierung der Organisation und Konfiszierung ihres Besitzes durch die Behörden, das Ende der 1990er Jahre ergangene Urteil ist aber bis heute nicht umgesetzt.

Formal hat Äthiopien ein Mehrparteiensystem. Rechtssicherheit für die politische Opposition gibt es auf lokaler Ebene aber nicht. Dennoch konnte die Opposition bei den letzten Parlamentswahlen (2005) beachtliche Erfolge erzielen. Im Bundesparlament gewann sie mehr als 30% der Sitze; sie ist damit zumindest formal in die Parlamentsarbeit eingebunden und in den Parlamentsausschüssen vertreten. Die Abgeordneten der Opposition ge-

nießen inner- wie außerhalb des Parlaments Redefreiheit und können sich auch sehr kritisch äußern, selbst gegenüber Ausländern und der Presse. Seit 2005 kommen sie sogar in begrenztem Umfange in der von der Regierung kontrollierten Presse zu Wort.

Dennoch ist der Handlungsspielraum der Regierung weitgehend unbegrenzt. Die Regierungspartei kontrolliert die Parlamente auf allen Ebenen (Kommunen, Kreise, Regierungsbezirke, Bundesländer und Bundesparlament) und den Staatsdienst. Sie stellt auch die Aufsichtsräte der immer noch mehr als 100 Unternehmen im so genannten „Staatsbesitz“. Selbst mit einer gestärkten Opposition ist das nationale Parlament kein selbständiger politischer Akteur und übt keine Kontrolle aus. Die Opposition kann sich zwar in die Parlamentsdebatten einbringen und wird gelegentlich auch im Vorfeld der Erarbeitung neuer Gesetze in die Beratungen einbezogen; sie kann jedoch angesichts der realen Mehrheitsverhältnisse auf die Endfassung der Gesetze wenig Einfluss nehmen.

Eine zentrale Stütze für die Machterhaltung der regierenden Partei sind die verschiedenen bewaffneten Organe der Staatsmacht: Streitkräfte, Nationale Reservearmee, Bundes- und regionale Polizei, regionale und lokale Milizen sowie der Sicherheitsapparat. Letzterer untersteht direkt Premierminister Meles Zenawi, der auch Oberkommandeur der Streitkräfte ist. Die Armee, die Bundespolizei und der Nationale Sicherheitsdienst werden von der Regierungspartei kontrolliert. Ein wesentliches Instrument hierzu ist der Nationale Sicherheitsrat unter Vorsitz des Premierministers. Auf den unteren Verwaltungsebenen unterstehen Polizei und Milizen der Befehlsgewalt der Gemeinde- oder Kreisexekutive, deren Schlüsselpositionen mit Funktionären der EPRDF besetzt sind.

Nach der Verfassung dürfen Angehörige der äthiopischen Streitkräfte keiner politischen Partei angehören. Die höheren Offiziersränge rekrutieren sich jedoch bis heute fast ausschließlich aus den ehemaligen Guerillakämpfern der EPRDF, unter denen wiederum Angehörige des Volkes der Tigray dominieren. Die verlässlichsten Schätzungen gehen heute von einer Gesamtstärke der Armee von 220.000 bis 250.000 Mann aus – nahezu die doppelte Vorkriegsstärke. Zusätzlich zur Berufsarmee existiert seit 2002 eine semi-professionelle Nationale Reservearmee auf regionaler Basis mit etwa 350.000 Mann. Rechnet man noch die Milizen, die nationalen und regionalen Polizeiverbände und den Sicherheitsdienst hinzu, übertrifft der Umfang der bewaffneten Organe der heutigen Staatsmacht den der marxistischen Militärjunta des Derg (1974-1991) bei weitem.

Die Rüstungsausgaben Äthiopiens sanken von 235 Mio USD im Jahre 1991 kontinuierlich bis 1995 auf 119 Mio USD. Im Jahre 1999 gab Äthiopien 822 Mio USD für Rüstung aus, danach sanken bis 2006 die Ausgaben wieder auf 316 Mio USD, zweieinhalbfach so hoch wie 1995 (SIPRI Military Expenditure Database). Äthiopien verfügt über die stärksten bewaffneten Verbände in Afrika, die überdies auf einem technologisch hohen Stand sind.

Nach dem Gesetz dürfen Angehörige der Polizei parteipolitisch tätig sein. Hohe Polizeiführer sind Angehörige von nationalen und regionalen EPRDF-Leitungsgremien. Zur Bundespolizei gehören Sondereingreiftruppen, die bei der Bekämpfung innerer Unruhen zum Einsatz kommen, wenn die reguläre Polizei diese nicht mehr eindämmen kann oder die Zentralregierung dieser nicht mehr traut. Im Verlauf der Nachwahlkrise von 2005 wurde deren Zahl verdreifacht. Die meisten der neuen Polizeisondertruppen, darunter die berüchtigten „Agazi“, die aus Elitekämpfern der TPLF bestehen, waren zuvor Sondereingreifverbände der regulären Armee. Das effektiv vorhandene Gewaltmonopol wird von der regierenden Partei damit vor allem gegen die politische Opposition eingesetzt. In peripheren Regionen bestehen seit 1991 alte und neue lokale bewaffnete Widerstandsgruppen. Sie sind aber militärisch zu schwach, politisch zu zerstritten und zu desorganisiert, um das staatliche Gewaltmonopol ernsthaft herauszufordern.

Die private Presse unterliegt einem restriktiven Pressegesetz. Der Rundfunk war bis 2007 rein staatlich, erst vor kurzem wurde die erste private Lizenz vergeben – an ein regierungsnahes Konsortium. Äthiopien ist nach übereinstimmender Aussage zahlreicher Menschenrechtsorganisationen eines der Länder mit der höchsten Anzahl von inhaftierten Journalisten. Im Corruption Perception Index (2007) von Transparency International ist Äthiopien mit einem Punktwert von 2,4 und Rang 138 (von 179) im hinteren Drittel platziert. Anti-Korruptionsmaßnahmen wurden auch, etwa im Zusammenhang mit Wahlkämpfen, parteipolitisch missbraucht.

Die **EED *info* Konflikte und Friedensarbeit** erscheint unregelmäßig und kann kostenlos bei der Redaktion bestellt werden.

Autorenbeiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder.

Die Informationen können unter Angabe der Quelle weiterverbreitet und vervielfältigt werden.

Die Erstellung des Briefes wird aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) gefördert.

Impressum:

Herausgegeben von der *Arbeitsstelle Frieden und Konfliktbearbeitung* im Auftrag des *Evangelischen Entwicklungsdienstes* und *Brot für die Welt*.

Redaktion: Wolfgang Heinrich,
Ulrich-von-Hassell-Str.76, 53123 Bonn

Tel.: +49-(0)228-8101-2104 / -2103
Fax: +49-(0)228-8101-160
email: arbeitsstelle.frieden@eed.de
Internet: www.eed.de/frieden/